

Reform aus einem Guss?

Tilman Mayer

An die preußischen Reformer anzuschließen macht Sinn in der Berliner Republik. Kabinettsitzungen nach Neu-Hardenberg zu verlegen fördert entweder Großes zu Tage – oder aber sie entspringt doch wieder nur dem Event-Arsenal des Medienkanzlers. Ob also Gerhard Schröder genügend Format und Geschick hat, an die fortschrittlichen Preußen von damals anzuknüpfen, ist gegenwärtig noch offen. Er hat sicherlich Courage, aber seine Wähler-Entourage hat er nicht überzeugt. An wem liegt das?

Für alle Politiker als politische Unternehmer und Fahrengleute der *classe politique* ist es nicht nur in Deutschland enorm schwer, politisch-navigatorisch das Steuer herumzureißen. Zudem dauert es wählervorpolitisches zu lange, bis der Tanker richtig manövriert ist und an Fahrt gewinnt, bei der man politisch wieder etwas gewinnen kann. Der Kapitän aber wird schon während der Kurskorrektur evaluiert, bevor das Wendemanöver (ökonomisch) abgeschlossen ist. Verliert der (Staats-)Tanker zunächst ständig an Fahrt, droht er gar abzudriften, dann taugt der Kapitän auf der Brücke wenig. Und muss gar das aktuelle Wendemanöver als eine Korrektur der früher eingeschlagenen Fahrtrichtung (1998) angesehen werden, dann kann das akklamierende Publikum am Ufer von damals jetzt nicht wieder Beifall klatschen.

Der Steuermann galt schon seit der Antike als ein Kopf, auf den sich anspruchsvolle Erwartungen richteten und der grundsolide das Staatsschiff navigieren

sollte. Der Hannoveraner Binnenschiffer Gerhard Schröder hatte jedoch schon vor 1998 wenig Geschick an der Leine gezeigt. Und als er mit weit größerem Auftrag 1998 vom Stapel lief, da widersprachen seine Befehle denen des Konavigators La-Fontaine. Wohin also sollte die Reise gehen? Die Route verkaufte auch in der Folge zu einem Trauerspiel, weswegen 2003 ein Neustart alle Hoffnung auf sich zog. Das große Wendemanöver 2010 begann, das die Schiffseigner von 2002 anhaltend irritiert.

Natürlich hätte man, wie Helmut Kohl selbst auch sagt, die Sozialstaatsreform deutlich früher beginnen müssen. Nun, nochmals fünf Jahre später, versucht es Rot-Grün.

Viele Bürgerliche stimmen der neuen Reformagenda mit der Begründung zu, die Agenda gehe wenigstens in die richtige Richtung. Doch die Bevölkerung hat ein Gespür dafür, was Geistes Kind diese Anläufe sind, was eigentlich dahinter steckt. Schon der jahrelange Anlauf, der endlich zu den Reformen führte, spricht für sich. Zentral aber ist, dass die Idee stimmen muss, denn sonst spricht man besser von Reformitis, von einem *muddling through* oder von einem Herumdoktern: alles unzumutbar und alles Beiträge zur Zunahme der Politikverdrossenheit. Eine Reformbewegung, die hauptsächlich des Sachverständes von außen bedarf, mag sich vielleicht zeitgemäß verhalten – man könnte dann vom *outsourcen* des Reformjobs sprechen –, schadet aber weiter dem Ansehen der Politik, die an-

scheinend nicht aus sich heraus, aus dem umfangreich zur Verfügung stehenden Sachverstand der Ministerialverwaltung etwas vorzulegen vermag. Wenn diese Apparate nichts taugten, wären sie nichts wert, würde die Regierung das anspruchsvolle Beamtentum selbst infrage stellen dürfen. Wo sind die Synergien der Zusammenlegung von Wirtschafts- und Arbeitsministerium? Sind die Administrationen paralysiert? Diese Regierung hat das Amtsvertrauen der Bevölkerung nicht gestärkt. Rat einzuholen ist sehr lobenswert. Ihn öffentlich wahrnehmbar fast ausschließlich bei Consultants zu besorgen fällt auf das Kabinett zurück.

Fehlen einer großen Reformidee

Die tragende, leitende und faszinierende, ja sogar mitreißende Reformidee hardenbergscher Prägung: Wo kann man sie finden? Die Bevölkerung will nicht „ver-Harzt“, sondern geführt werden. Es fehlt dem aktuellen Regierungshandeln – in Anspielung auf die Große Koalition, sie etwas weiter gedacht – an einer Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- und Familienpolitik aus einem Guss. Das Fehlen des großen Wurfs in preußischer Dimension wirkt ernüchternd und lässt Enttäuschung aufkommen. Nicht nur die – kaum vermeintlichen – Zumutungen und Belastungen der Reformpolitik stoßen übel auf, sondern auch das handwerkliche Fiasko, das den so genannten kleinen Mann ganz besonders strapaziert, das heißt, die Reformkakophonie, die Unfähigkeit, einen großen Therapieentwurf zu entwickeln, der zur allgemeinen und allmählichen Besserung führt, lässt den Vertrauensverlust wachsen und das Stichwort Herumdoktern aufkommen.

Die Bevölkerung ist sich prinzipiell bewusst, dass gravierende Veränderungen ins Haus stehen. Am liebsten möchte sie es aber vermeiden, davon selbst betroffen zu sein. Deshalb kommt es entscheidend auf die vertrauensvolle Führung an.

Dazu gehört die verständliche und überzeugende Kommunikation der Reformziele, dass also der eingeschlagene, zum Teil schmerzhafte Weg der richtige ist und es dabei gerecht zugeht. Sind die Ziele klar, das heißt vernünftig und prinzipiell zustimmungsfähig gewählt, dann fällt der anzutretende Gang schon leichter. Einem elementaren Gerechtigkeitsempfinden entspricht es auch zu sehen, dass alle an dem Reformwerk mitwirken, alle dazu, wenn auch unterschiedlich, einen Beitrag leisten. Entsteht dagegen der Eindruck, nur „unten“ würde geblutet, „ober“ nicht, hat die Regierung und ganz besonders eine so genannte sozialdemokratische etwas falsch gemacht. Mit *sozialer* Marktwirtschaft hat das ohnehin wenig zu tun. Hartz IV in Ehren, aber nur das Fußvolk in die Minenfelder laufen zu lassen ist keine Feldherrenkunst, sondern ignorant und auch weit entfernt von der hohen Kunst der Politik, jedenfalls fern von Sensibilitäten, ohne die keine Politik gelingt. Die große, vernünftige Reformidee muss zum Leuchten gebracht werden, wenn das Unternehmen gelingen soll. Und gerecht sollte es zugehen.

Wird etwa mit den Reformen eine vorsorgende, nachhaltige private Lebensführung unterstützt, werden die Leistungsträger gestärkt, wird Arbeit zu schaffen und werden Arbeitswillige belohnt? Wird eher entlang von regulierenden Flächentarifverträgen gedacht – anstatt, vor allem im Osten der Republik, experimentell Bündnisse für Arbeit in Betrieben zuzulassen? Der Ost-Ost-Vergleich, Ostdeutschland mit seinen östlichen Anrainern zu vergleichen, bringt weiter.

Sicherlich ist Schröder nicht um diese Gewerkschaften zu beneiden, die sich als Wachstumsbremsen erweisen – und mit diesen „Erkenntnissen“ die Republik auch noch zu missionieren suchen. Auch die Gewerkschaftsbewegung hat manche ihrer aktuellen „Führer“ nicht verdient. Gewerkschaften, die die Arbeitslosen ein-

fach dem Sozialstaat – und der Finanzierung der sozialen Existenz von dort aus, also von der Allgemeinheit aus – überlassen, haben sich von der Gewerkschaftsidee entfremdet. Sozialpartnerschaft bedeutete auch schon einmal mehr, als nur um höhere Löhne zu kämpfen. Im Unterschied zu Großbritannien hat die deutsche Sozialdemokratie aber auch versäumt, die Gewerkschaften zu verändern. Und von den Sozialausschüssen lässt man sich sowieso wenig sagen.

Mit Hartz IV, der Lockerung des Kündigungsschutzes – an sich eine Reform für Boomzeiten – und weiteren Reformpartikeln wird nun der Arbeitsmarkt flexibilisiert, aber unter denkbar ungünstigen Umständen. Die Sparer trauen bis jetzt jedenfalls den 2010-Versprechungen nicht. Die Standortverlagerung von Unternehmen, zum Beispiel der Pharma-industrie, bedeutet ein Alarmzeichen im Globalisierungsprozess. Von einer internationale Aufmerksamkeit weckenden – und Investoren anlockenden – Steuer-reform ist nichts zu sehen. Schließlich käme es auf Wachstum an, von dem zaghaft nur in den Sommermonaten zu lesen ist. Nur in einer allgemein besseren wirtschaftlichen Lage können auch die nötigen Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Hartz-IV-Konzept könnte eventuell dafür sorgen, dass einfache Service-Arbeiten endlich auch in Deutschland wieder angestrebt werden. Transferzahlungen müssen jedenfalls an eine Arbeits-pflicht gebunden werden. Die teuren Arbeitskosten zu senken schafft Arbeit, die Schwarzarbeit geht zurück. Die Verkehrsinfrastruktur wird seit Jahren vernachlässigt, auch hier könnten viele Arbeitsplätze entstehen. Hemmend wirkt unbestritten die Überregulierung in Deutschland. Sie hat inzwischen Ost-Deutschland erfasst. Welche regionalspe-zifischen Reformangebote zum Aufbau Ost hat die Bundesregierung umgesetzt? Wie haben Wirtschafts-, Arbeits- und

Finanzministerium hier zusammenge-wirkt und Ideen entwickelt?

Mangelnde Überzeugungskraft

An den Reformzielen kann man eine an-spruchsvolle Regierung erkennen. Lud-wig Erhard hat in den fünfziger Jahren den Sozialstaat damit begründet, dass im Übergang zu mehr Selbstständigkeit und zu mehr Freiheit auf Zeit eine soziale Ab-sicherung nötig sei. In dem Maße, so wollte er damals glauben, in dem die Marktwirtschaft ausgebaut würde, Ei-gentumsbildung möglich sei, Selbstvor-sorge getroffen werden könne, würde auch das soziale Sicherungssystem all-mählich wieder reduziert werden. Leider ist die Entwicklung anders verlaufen, konnten die Bürger weit weniger dazu ge-bracht werden, entsprechend unabhängi-ger von staatlicher Vorsorge ihre Existenz zu planen. Nun kommt man spät wiede-rum dazu, in diese Richtung jedenfalls zu denken. Die Bedingungen der Globalisie-rung und die demografische Krise zwin-gen dazu. Die rot-grünen Antworten auf diese Herausforderungen, insbesondere das Reformkapitel 2010, können gegen-wärtig nicht mal in der eigenen Klientel überzeugen. Reformepochen dauern. An sich ist dem Kanzler Erfolg zu wünschen im Interesse des Landes. Ob er aber auf dem richtigen Weg ist, das kann mit Gründen bezweifelt werden.

Auch die preußischen Reformer taten sich schwer. Ihr Beitrag war ein Befrei-ungsschlag aus einer nationalen und sozi-alen Phase der Verkrustung und der Stag-nation heraus. Übrigens hat auch Staats-kanzler Hardenberg, der Hannoveraner, in großen Linien gedacht. Die „Gewalt der Grundsätze“ der Ideen von 1789 hat er als so groß angesehen, dass sich ihnen kein Staat entziehen könne. So wird es auch mit den Reformen im Globalisie-rungsprozess sein. Ob entlang dieser gro-ßen Linien in Berlin gedacht wird, steht zumindest dahin.